

Die hessische CDU hat jahrzehntelang mit Geldern aus schwarzen Kassen illegal ihre Wahlkämpfe finanziert. Seit 1983 hat sie keinen einzigen wahrheitsgemäßen Rechenschaftsbericht vorgelegt. Ministerpräsident Roland Koch selbst hat gelogen und mit einem fingierten Kredit die 98er-Bilanz der CDU frisiert. Die seit Jahren handelnden und in unterschiedlichen Funktionen der CDU Verantwortlichen täuschen immer wieder vor, von den schwarzen Kassen nichts zu wissen.

Erst wenn ihnen Staatsanwaltschaft, Medien oder die SPD etwas nachweisen kann, geben sie genau das – aber auch nur das zu. Die Chronologie der „schwarzen Kassen“ in Hessen liest sich wie ein Bericht aus einem anderen Land – aber es geschah hier und die Verantwortlichen regieren noch immer.

2. überarbeitete und erweiterte Auflage  
Herausgeber: SPD-Landtagsfraktion • Redaktion: Gert-Uwe Mende •  
Design und Gestaltung: PLOOG Kommunikation • Foto: Terz •  
Druck: Bernecker Mediagruppe • Redaktionsschluss: 10. März 2001



**DIE SPD-FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG**

# Roland Kochs Schwarzgeld- Skandal



**2. überarbeitete und erheblich  
erweiterte Auflage**

**Innerhalb von knapp zwei Jahren hat die schwarz-gelbe Landesregierung in Hessen politisch und moralisch abgewirtschaftet.**

**Der CDU-Skandal hat die Regierungszeit der schwarz-gelben Koalition überschattet. Roland Koch hat seinen Amtseid gebrochen, Schaden vom Land abzuwenden. So wie Bayern vor Jahren das Amigo-Land war, so erscheint Hessen der deutschen Öffentlichkeit und darüber hinaus als Land, in dem ein Politiker ungestraft weiter regieren kann, den die Öffentlichkeit als Lügner und Fälscher sieht.**

**Die Lügen des Ministerpräsidenten dürfen ebensowenig in Vergessenheit geraten wie die gesamte Vorgeschichte des schlimmsten Parteiskandals in der Geschichte der Bundesrepublik. Dieses Heft soll dazu beitragen.**

**SPD-Fraktion im  
Hessischen Landtag**

# Roland Kochs Schwarzgeld-Skandal

1. Der hessische Schwarzgeld-Skandal Seite 4
2. Die Lügen von Koch & Co. Seite 13
3. Der Fall Reischmann Seite 22
4. Ferrero-Küßchen und andere süße Sünden Seite 25
5. Petra Roth – Mit Schwarzgeld ins Rathaus Seite 28
6. Von der Parteikrise zur Verfassungskrise Seite 30
7. Roland Kochs Sündenregister Seite 33
8. Chronik des CDU-Skandals Seite 37
9. Zwei Jahre Skandal-Regierung Koch Seite 48

# 1. Der hessische Schwarzgeld-Skandal

1983 hat die hessische CDU rund 20 Millionen Mark in die Schweiz verschoben. Veranlasst hat dies der damalige Generalsekretär Manfred Kanther. Schon seit 1978 hatte Kanther mit der Führungsgruppe der hessischen CDU überlegt, wie Gelder, die offensichtlich auf illegalem Weg in die Parteikassen geflossen waren, bei einer Verschärfung des Parteiengesetzes „gerettet“ werden könnten. Das neue Parteiengesetz war Ergebnis des Flick-Skandals, der zum Vorschein gebracht hatte, dass insbesondere CDU und FDP illegale Wege zu ihrer Finanzierung genutzt hatten.

## **CDU verstößt vorsätzlich gegen das Grundgesetz**

Fast 20 Jahre lang hat die hessische CDU keinen wahrheitsgemäßen Rechenschaftsbericht vorgelegt und damit massiv gegen die Verfassung verstoßen. Denn das Grundgesetz verlangt von den Parteien, dass sie ihre Finanzen ehrlich offenlegen. Dies ist auch eine historische Konsequenz aus dem Niedergang der Weimarer

**Fast 20 Jahre lang hat die hessische CDU keinen einzigen wahrheitsgemäßen Rechenschaftsbericht vorgelegt.**

Republik. Damals war insbesondere die extreme Rechte von der Großindustrie finanziell unterstützt worden, was zum Scheitern der Demokratie beitrug. Heute verlangt das Grundgesetz, dass alle Parteien Auskunft geben über ihre Einnahmen, ihre Ausgaben und ihr Vermö-

gen. Die hessische CDU hat fast 20 Jahre lang diese Vorschrift mit voller Absicht missachtet. Ausgerechnet die Partei, die bei anderen jeden kleinsten Regelverstoß unnachgiebig verfolgen wollte.

## 20 Millionen Mark flossen in die Schweiz

Roland Koch behauptet heute, die 1983 in die Schweiz verschobenen 20 Millionen seien legales Geld der hessischen CDU gewesen. Wie ein Eichhörnchen seinen Nussvorrat habe die Partei Spenden gesammelt und treu zusammengehalten. Den Beweis dafür bleibt er schuldig. Es häufen sich vielmehr die Hinweise, dass diese Darstellung falsch ist: Vermutlich war es Geld aus der *Staatsbürgerlichen Vereinigung*, der früheren Spendenwaschanlage von CDU und FDP. Das jedenfalls vermuten viele Leute, die es wissen müssen. Zum Beispiel der Finanzberater der CDU Horst Weyrauch, der Finanzbeauftragte der CDU Joachim Lehmann, der Ex-Schatzmeister Walther Leisler-Kiep und der frühere Generalbevollmächtigte der Bundes-CDU Uwe Lüthje. Was sie sagen, bedeutet, dass das Schwarzgeld-Vermögen der CDU auf einem System von Steuerhinterziehung aufbaut. Dies ist wohl auch der wahre Grund für den Transfer ins Ausland. Eine glaubhafte Erklärung, warum angeblich legales Geld in die Schweiz geschafft wurde, liefert die CDU nämlich bis heute nicht.

**Vermutlich war es Geld aus der Staatsbürgerlichen Vereinigung, der früheren Spendenwaschanlage von CDU und FDP.**

Die hessische CDU hat sogar über eine eigene Spendenwaschanlage verfügt, dies haben die Recherchen des Schwarzgeld-Untersuchungsausschusses ergeben. Über viele Jahre hin hat die Partei

**Die CDU hat jahrelang die katholische Ackermann-Gemeinde als Spendenwaschanlage genutzt.**

offensichtlich Geld über das Sozialwerk der katholischen Ackermann-Gemeinde in ihren Finanzkreislauf geschleust. Als dies Mitte der 80er Jahre die Staatsanwälte beschäftigte, hat die CDU dem Hauptakteur, dem Landtagsabgeordneten Richard H., mit über 100.000 Mark vom Schweizer Schwarzgeld ausgeholfen, um seine Geldstrafe und die Anwaltskosten zu bezahlen. Für Manfred Kanther war es eine Selbstverständlichkeit: Wer sich für die CDU die Finger schmutzig macht, wird wenigstens finanziell nicht im Regen stehen gelassen.

Und so lief das mit der Geldwäsche für die CDU: Da Unternehmen Parteispenden nur im kleinen Umfang steuerlich absetzen konnten, liefen große Summen über gemeinnützige Organisationen, wie die Staatsbürgerliche Vereinigung oder besagtes Sozialwerk der Ackermann-Gemeinde, damit die Unternehmen Steuern sparen konnten. Das Geld wurde von diesen Organisationen illegal an die CDU transferiert – was die Spender wussten und was deren Absicht war. Und so baut das Vermögen der CDU auf Steuerhinterziehung auf. Dies hält Roland Koch nicht davon ab, das Geld auch heute weiterhin im Kampf gegen die Sozialdemokratie einzusetzen und es „legal“ zu nennen.

## **Wahlkämpfe mit Schwarzgeld finanziert**

Nachdem das 1983 in die Schweiz verschobene Geld, zwei Jahre nicht angerührt worden war, holte die hessische CDU es als Schwarzgeld zurück, um Wahlkämpfe und größere Investitionen

zu finanzieren. Es floss zum Beispiel in den Kauf einer neuen Landesgeschäftsstelle, wurde für Computer ausgegeben oder für die persönliche Imagekampagne von Roland Koch. Insgesamt schleuste die Hessen-CDU rund 25 Millionen Mark zurück, um sich einen illegalen Startvorteil bei nahezu allen landesweiten Wahlkämpfen seit 1987 und bei Petra Roths Oberbürgermeisterwahlkampf in Frankfurt 1995 zu verschaffen. Allein beim letzten Landtagswahlkampf flossen 1,4 schwarze Millionen.

Als der Schwarzgeld-Skandal aufflog, hatte die hessische CDU noch rund 17 Millionen Mark schmutziges Geld auf der hohen Kante.

## **Das Märchen von den „anonymen Vermächtnissen“**

Dreimal wurden Rückflüsse als anonyme Millionenvermächtnisse deklariert. Als im Dezember 1999 nach der Herkunft dieser angeblichen Vermächtnisse gefragt wurde, log die hessische CDU mit unglaublicher Kaltblütigkeit. Anonyme Erblasser, wahrscheinlich ausgewanderte Juden, hätten diese Vermächtnisse hinterlassen. Die CDU nahm damit billigend in Kauf, üble antisemitische Vorurteile zu schüren.

**Die von Roland Koch für seinen Wahlkampf ausgegebenen 1,4 Millionen Mark wurden über ein Treuhandankonto abgewickelt.**

Ein anderer Weg, um Schwarzgeld zurückzuschleusen, war die Einzahlung von Millionen direkt auf CDU-Konten und in die Kasse des Landesverbandes. Rund 12 Millionen Mark flossen so retour nach Hessen, aber niemand von der Führung der CDU will davon

jemals etwas erfahren haben. Die von Roland Koch für seinen Wahlkampf ausgegebenen 1,4 Millionen Mark wurden über ein Treuhandanderkonto abgewickelt.

## **Geldwäschegesetz umgangen**

Von 1983 bis 1993 hortete die Hessen-CDU mit Hilfe ihres Strohmanns Horst Weyrauch das Geld in der Schweiz. 1993 gründete dieser die Stiftung „Zaunkönig“ in Liechtenstein. Weyrauch holte jeweils persönlich Bargeld ab. Wie ein Drogendealer oder anderer Krimineller, der sich nicht in die Karten gucken lassen will, zahlte Weyrauch das Geld anschließend in Summen bis zu 20.000 Mark auf Treuhand-Anderkonten für die CDU ein. Warum bis zu 20.000 Mark? Weil die Transaktionen sonst nach dem Geldwäschegesetz anzeigepflichtig gewesen wären und zumindest die Finanzbehörden den dunklen Machenschaften der CDU auf die Schliche gekommen wären. Weyrauchs Reisekostenabrechnungen für die Schweiz, welche der Staatsanwaltschaft Augsburg vorlagen, brachten die Aufklärung des Skandals erst richtig ins Rollen. Die Behauptung der hessischen CDU aus dem Dezember 1999,

**Bis heute ungeklärt ist, wer alles von dem Schwarzgeld wusste.**

Weyrauch wäre nie für den Landesverband in der Schweiz gewesen, flog so sehr schnell als falsch auf. Bis heute ungeklärt ist, wer alles von dem Schwarzgeld wusste. Sicher ist, dass Kanther sowie CDU-Schatzmeister Prinz Wittgenstein und der CDU-Wirtschaftsberater Horst Weyrauch eingeweiht waren.

Die Behauptung Roland Kochs, dass nur diese drei etwas wussten, hat sich inzwischen als falsch herausgestellt. Nachgewiesenermaßen beteiligt waren der langjährige engste Mitarbeiter von



Roland Koch der CDU-Landesgeschäftsführer Siegbert Seitz, der CDU-Finanzbeauftragte Joachim Lehmann und der Buchhalter Franz-Josef Reischmann.

## **Ein Generalsekretär, der nichts weiß**

Roland Kochs engster Mitarbeiter und rechte Hand, der frühere Generalsekretär der CDU und Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Landtagsfraktion, Franz Josef Jung, ist über seine Verwicklung in den Schwarzgeld-Skandal als Minister gestürzt. Koch hatte seinen Spezi 1999 zum Chef der Staatskanzlei und Europaminister gemacht. Franz Josef Jung ist zwar wegen des Schwarzgeld-Skandals zurückgetreten, behauptet aber weiterhin, als CDU-Generalsekretär von 1987 bis 1991 nichts vom Schwarzgeld erfahren zu haben. Er hat es allerdings mit vollen Händen ausgegeben. In seine Amtszeit fiel das vier Millionen-„Vermächtnis“ von 1989 mit dem eine neue Landesgeschäftsstelle finanziert wurde. Ohne dieses Schwarzgeld hätte die CDU das Haus niemals kaufen können. Mehr als 1,5 Millionen weitere Mark wurden in der Amtszeit Jungs bar oder über Konten eingebracht. Vor den Untersuchungsausschüssen zum CDU-Schwarzgeld-Skandal in Berlin und Wiesbaden gab sich Franz Josef Jung als Depp, der von allem nichts gewusst haben will. Dass sein Vorgänger und sein Nachfolger von Schwarzgeld wussten, dass sein Vorgesetzter – der CDU-Landesvorsitzende Kanther – aber auch seine Mitarbeiter davon wussten, legt nahe, dass mit der Darstellung Jungs etwas nicht stimmen konnte.

**Franz Josef Jung gibt sich unschuldig, musste aber zurücktreten.**

## Koch erfindet den Kredit

**Mit Sicherheit ging es Koch bei diesem erfundenen Kredit um Täuschung.**

Aktiv an der Vertuschung von Schwarzgeld hat sich noch im Dezember 1999 der neue CDU-Generalsekretär Herbert Müller beteiligt, indem er eine Summe von 50.000 Mark als Spende deklarierte. Dafür wurde er im März gefeuert. Roland Koch spielt das Unschuldslamm, will von allem nichts bemerkt haben. Auch an Roland Kochs Unkenntnis gibt es erhebliche Zweifel. Jahrelang saß er im Vorstand der CDU, wo Haushaltspläne beraten wurden. Seine eigene Imagekampagne 1997 wurde ebenso mit schmutzigem Geld bezahlt wie sein Wahlkampf 1998/1999. Das Unschuldslamm Koch hat sich Anfang des Jahres als Chefaufklärer aufgespielt und ist dabei jämmerlich gescheitert. Er musste scheitern, weil er selbst an einer üblen Täuschung beteiligt war. Im Dezember 1999 sei ihm bekannt geworden, dass sein Wahlkampf zu knapp einem Drittel mit Schwarzgeld finanziert worden sei. Deshalb habe er veranlasst, dieses Geld als Kredit zu deklarieren, um „dubioses“ Geld gar nicht erst anzunehmen. Das ist ein Witz: Das Geld war längst ausgegeben. Mit Sicherheit ging es Koch bei diesem erfundenen Kredit, für den sogar ein rückdatierter Brief gefälscht wurde, nicht um die Ablehnung dubiosen Geldes, sondern um Täuschung.

## Koch spielt den betrogenen Betrüger

Dies setzte sich dann in der Folgezeit fort: Bis zur großen Enthüllungspressekonferenz am 14. Januar 2000 bestritt Koch wider besseres Wissen jede Kenntnis von schwarzen Kassen. Vom

14. Januar bis zum 8. Februar behauptete er, er sei selbst mit dem erfundenen Kredit hereingelegt worden. Erst die Angst vor Enttarnung brachte ihn dazu, zuzugeben, dass er Miterfinder dieses Kredits war und dass er absichtlich einen falschen Rechenschaftsbericht abgegeben hatte. Wochenlang hatte Roland Koch gelogen, dass sich die Balken bogen.

**Wochenlang hat Koch gelogen.**

## **SPD-Landtagsfraktion bohrt weiter**

Die SPD-Landtagsfraktion hat einen erheblichen Anteil daran, dass der Schwarzgeld-Skandal aufgedeckt worden ist. Als die SPD im November 1999 nach der Echtheit der Vermächtnisse fragte, wurden diese Fragen als „propagandistisch“ zurückgewiesen. Als die Sozialdemokraten Anfang Dezember nach Reisen Weyrauchs für die CDU fragten, hieß es erst, es gäbe keine, und dann, sie dienten zur Abwicklung der Vermächtnisse. Als sie Anfang Januar 2000 nach dem angeblichen Wittgenstein-Kredit fragten, und ob dieser vielmehr aus einer schwarzen Kasse stammen könne, sprach die CDU von „blanker Hetze“. Allen diesen Fragen folgten neue, schwerwiegende Erkenntnisse in der CDU-Finanzaffäre.

## CDU und FDP blockieren Aufklärung

Die SPD drängt als Opposition immer wieder hartnäckig auf die Wahrheit und deckt damit zusammen mit den Medien und der

**Die CDU blockiert mit allen Mitteln die Herausgabe der von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmten Unterlagen.**

Staatsanwaltschaft den Finanzsumpf weiter auf.

Die CDU verfolgt – unterstützt von der FDP – eine Blockadestrategie im hessischen Schwarzgeld-Untersuchungsausschuss. Die Union will sich nicht in ihre schwarzen Bücher gucken lassen, damit ihr geheimes Finanzierungssystem nicht vollständig auffliegt. Sie reklamiert für

sich eine Intimsphäre, die niemanden etwas angehe, und beweist damit doch nur, dass sie an Aufklärung kein Interesse hat. Die CDU hat vielleicht eine Intimsphäre, aber keine Schamgrenze. Der Schwarzgeld-Untersuchungsausschuss ist mit seiner Aufklärungsarbeit noch lange nicht am Ende. Noch fehlen ihm Tausende Seiten der Akten – Sprengstoff für die CDU.

## 2. Die Lügen von Koch & Co.

Die CDU und der hessische Ministerpräsident haben wochenlang systematisch gelogen. Das waren keine Ausrutscher. Dahinter stand die Absicht, immer nur zuzugeben, was ohnehin bekannt wird. Das System von Lüge, Tarnung und Täuschung hatte das Ziel, den amtierenden Landesvorsitzenden Roland Koch reinzuwaschen und alle Schuld auf den Vorgänger Manfred Kanther abzuladen. Roland Koch musste seine Lügen im Untersuchungsausschuss des Hessischen Landtages zur Schwarzgeld-Affäre zugeben. Verniedlichend nennt er sie „Dummheit“ und in Interviews behauptet er schon wieder frech, er habe nicht gelogen, sondern nur zeitweise nicht alles gesagt, was er wusste. Koch hat eben nichts dazu gelernt. Die CDU sieht in den Lügen des Ministerpräsidenten bis heute kein Problem. Im Gegenteil: „Eine zeitweise falsche Darstellung, wenn sie der Erlangung der Wahrheit dient, ist entschuldbar.“ Das sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende Norbert Kartmann im Landtag. Und das ist nicht nur unmoralisch, sondern auch gelogen. Denn Koch & Co. haben nicht aus hehren Motiven gelogen, sondern aus Eigennutz, wie die folgende Dokumentation zeigt.

**CDU und hessischer Ministerpräsident haben wochenlang systematisch gelogen.**

### **Kochs Kredit-Lüge**

Die CDU hat mit Beteiligung und Zustimmung von Roland Koch ihren Rechenschaftsbericht für 1998 nachträglich geändert und Geld von einem schwarzen Konto wahrheitswidrig als Kredit des

ehemaligen Landesschatzmeisters Wittgenstein deklariert. Koch später: „Ich billigte schweren Herzens die Entscheidung, den Rechenschaftsbericht durch Aufnahme des Kredits zu korrigieren.“ Der Grund für diese Lüge laut Koch: „Zum Jahresende musste der Rechenschaftsbericht der Bundespartei mit vollständig korrigierten Angaben eingereicht werden.“ Sonst drohte der

**Roland Koch hat einen falschen Rechenschaftsbericht abgegeben.**

Verlust staatlicher Gelder. Es wurde also gefälscht, um – so würde es die CDU anderen vorwerfen – „Staatsknete“ zu behalten.

Roland Koch hat einen falschen Rechenschaftsbericht abgegeben. Er hat das Bundestagspräsidium und seine eigene Bundespartei belogen. Er hat Schwarzgelder vertuscht, anstatt zur Aufklärung beizutragen. Um diese Fälschung zu tarnen, wurde im Dezember 1999 ein auf den 6. Februar 1998 rückdatiertes Schreiben erfunden, in dem Prinz Wittgenstein den angeblichen Kredit anbietet. Damit wurden auch die Wirtschaftsprüfer der CDU getäuscht und gaben eine unzutreffende Bestätigung für einen inhaltlich falschen Bericht ab. Roland Koch hat den Wirtschaftsprüfern schriftlich bestätigt, alle Unterlagen seien echt und vollständig. Heute sagen die Wirtschaftsprüfer: Hätten wir die Wahrheit gewußt, hätten wir den Rechenschaftsbericht nicht bestätigt.

## **Kochs Sternsinger-Lüge**

Am 10. Januar 2000 besuchten die Sternsinger den Ministerpräsidenten. Wochenlang war er vorher abgetaucht, hatte zum CDU-Finanzskandal geschwiegen. Auf kritische Fragen von Journalisten sagte Koch: „Ich kenne bis zum heutigen Tag keinen einzigen Vorgang außerhalb der offiziellen Buchhaltung der Christlich Demo-

kratischen Union.“ Das war gelogen. Spätestens seit dem 21. Dezember wusste er von dem schwarzen Konto, aus dem sein Wahlkampf maßgeblich finanziert worden war. Wahrscheinlich wusste er davon schon viel länger. Später sagte er zur Sternsinger-Lüge: „Ich habe gesagt, dass nach meiner Überzeugung alles in unseren Büchern ist. Das war zu diesem Zeitpunkt auch noch meine Meinung.“ Schon wieder gelogen.

**Spätestens seit dem 21. Dezember 1999 wusste Koch von dem schwarzen Konto.**

## **Kochs Akten-Lüge**

Kochs Akten-Lüge ist der deutlichste Beweis dafür, dass er seine eigene Beteiligung an Fälschung und Schwindelei verheimlichen wollte. Die Akten-Lüge präsentierte er bei der berühmten Pressekonferenz am 14. Januar 2000 in Hofheim, als Manfred Kanther endlich sein angeblich jahrzehntelang gehütetes Geheimnis von der Geldverschiebung in die Schweiz lüftete. Roland Koch zitierte aus dem gefälschten Kreditangebot Wittgensteins und sagte dazu: „Das ist am 6. Februar 1998 eben in die hessische CDU in die Akten gegangen, und damals ist dann auch entschieden worden, wir nehmen es in Anspruch.“ Eine handfeste Lüge, Koch selbst hatte an der Fälschung dieses Briefs im Dezember 1999 mitgewirkt.

**Koch wollte seine eigene Beteiligung an Fälschung und Schwindelei verheimlichen.**

## **Kochs Bank-Lüge**

Roland Koch erzählte überall, dass er hintergangen worden sei. In seiner Amtszeit seien Rechnungen von schwarzen Konten beglichen worden, obwohl der Landesvorstand die Aufnahme eines offiziellen Kredits beschlossen habe. So schildert er in der OBERHESSISCHEN PRESSE, „dass hinter dem Rücken der Verantwortlichen Rechnungen nicht so bezahlt worden sind, wie wir es geplant hatten, nämlich aus einem Kreditvertrag, den ich bei einer Bank unterschrieben habe.“ Das ist Täuschung. Das Darlehen ist erst im Dezember 1998 beschlossen worden. Zu einem Zeitpunkt, als schon rund 800.000 Mark aus schwarzen Kassen geflossen waren. Und der Kreditvertrag wurde erst im folgenden Jahr unterschrieben, nach der Landtagswahl. Koch hat wissen müssen, dass nicht genug „offizielles“ Geld für seinen Wahlkampf da war. Über die regulären Spendeneingänge war er stets informiert.

## **Kochs Schweige-Lüge**

Auch Schweigen kann eine Lüge sein. Nämlich wenn man wortreich verkündet, die Wahrheit sagen zu wollen und sie dann für sich behält. Roland Koch hatte auch nach dem 14. Januar zahlreiche Gelegenheiten, die Wahrheit über den angeblichen Wittgenstein-Kredit und die Fälschung des Rechenschaftsberichts zu sagen. Er gab Pressekonferenzen und dutzende Interviews, in denen er nicht nur schwieg, sondern weiter gelogen hat.



## Kochs Parlaments-Lüge

„Meine Damen und Herren, wenn ich heute alles aufklären könnte, würde ich alles aufklären. (...) Deshalb habe ich mich entschieden, es so zu machen, wie es richtig ist: alles aufklären, was geht, Punkt für Punkt, Tag für Tag.“ Das sagte Roland Koch am 25. Januar 2000 im Hessischen Landtag. Eine Lüge. Seit einem Monat wusste er von seiner eigenen Fälschung des Rechenschaftsberichts und wieder kein Wort davon.

## Kochs Wirtschaftsprüfer-Lüge

Roland Koch hat den Landtag am 25. Januar 2000 nicht zum ersten Mal belogen. Schon am 16. Dezember 1999 hat er falsche Dinge behauptet. Die SPD hatte ihn schon lange vorher gefragt, ob der Steuerberater Weyrauch auch die Rechenschaftsberichte der CDU geprüft habe. Das ist unzulässig, weil sonst Lug und Trug nicht auffliegen, wenn derjenige, der die Bücher führt, sie auch kontrolliert und ihre Ordnungsmäßigkeit bestätigt. Koch am 16. Dezember vor dem Landtag: „Auch die Jahresabschlüsse der vorangegangenen Jahre (...) sind nicht von dem Wirtschaftsprüfungsbüro Weyrauch geprüft worden“ Das war eine Lüge. Die Wahrheit: Die Rechenschaftsberichte 1992 bis 1996 der CDU Hessen wurden nur von Weyrauch geprüft. Und das musste Koch spätestens seit dem 1. Dezember 1999 wissen. Aber es kommt noch dicker: Auch in Kochs Amtszeit als Landesvorsitzender hat Weyrauch einen Rechenschaftsbericht der CDU geprüft, den für

**Die Rechenschaftsberichte 1992 bis 1996 der CDU Hessen wurden nur von Weyrauch geprüft.**

1997. Erst als der Prüfer der Bundespartei dagegen Bedenken äußerte, wurde der Bericht ein zweites Mal geprüft. Wenn Koch an der 97-er Prüfung durch Weyrauch beteiligt war, wie konnte er dann vor dem Landtag solche unwahren Dinge sagen?

## Die „Wer-lügt?“-Lüge

Eine faustdicke Lüge geht ebenfalls auf das Konto der hessischen CDU, nur weiß man nicht, wer lügt. Roland Koch oder seine Getreuen? Jedenfalls hat Koch am 16. Dezember 1999 im Landtag gesagt: „Nach Befragung aller, die damit zu tun haben und damit zu tun gehabt haben, durch den Generalsekretär gibt es keine

Buchungen, Zahlungen und anderes außerhalb der ordnungsgemäß geprüften Buchführung der hessischen CDU.“ Zu dieser Aussage gibt es viele Fragen. Sie enden alle bei einem Problem. Wer lügt? Am 1. Dezember 1999 hat der ehemalige CDU-Landesgeschäftsführer Seitz nach eigenem Eingeständnis von einem Schwarzkonto erfahren und von Rechnungen, die daraus beglichen

wurden. Also hat nun Seitz den CDU-Landesvorsitzenden angelogen und seine Kenntnis bestritten? Oder hat Koch gelogen, und es wurden gar nicht alle, „die damit zu tun gehabt haben“, befragt? Oder hat Seitz seinem Nachfolger Müller die Wahrheit gesagt, aber der hat Roland Koch belogen? Oder wusste Roland Koch alles und hat den Landtag belogen – mit derselben Lüge, die er am 10. Januar 2000 Journalisten präsentiert und anschließend eingestanden hat? Aber das ist noch nicht alles: Der Mitarbeiter der CDU-Landesgeschäftsstelle, Helmut Hehn, hat ebenfalls vor dem

**Roland Koch hat den Landtag am 25. Januar nicht zum ersten Mal belogen. Schon am 16. Dezember hat er falsche Dinge behauptet.**

16. Dezember 1999 von Unregelmäßigkeiten bei den CDU-Finanzen gewusst. Er hat darüber Vermerke gefertigt, die auch Roland Koch zur Kenntnis gelangt sind. Zum Beispiel darüber, dass im Laufe der Jahre mehrere Hunderttausend Mark aus unbekannter Quelle und für einen ungenannten Zweck als Sonstige Einnahmen verbucht wurden. Ein handfester Hinweis auf irreguläre Geldzuflüsse, aber Koch hat dies alles ignoriert. Das ist nur nachvollziehbar, wenn man nicht aufklären will, sondern vertuschen.

## **Die Seitz-Lüge**

Der frühere CDU-Landesgeschäftsführer Siegbert Seitz muss ebenfalls gelogen haben. Am 8. Dezember 1999 verkündet Seitz' Nachfolger, Generalsekretär Müller, Seitz und der frühere Generalsekretär Franz Josef Jung hätten sich stets an die Vorgabe gehalten, auf eine ordnungsgemäße Finanzführung zu achten. Sie hätten dies auf Nachfrage nochmals bestätigt. Heute wissen wir, dass Seitz alle Rechnungen, die aus dem schwarzen Konto bezahlt wurden, abgezeichnet hat. Das heißt nichts anderes, als dass er von Zahlungsvorgängen außerhalb der Buchführung doch etwas wusste. Eine glatte Lüge.

## **Die Metz-Lüge**

Noch ein weiterer enger Vertrauter von Roland Koch, der den Medien eine faustdicke Lüge aufgebunden hat, ist sein Regierungssprecher Dirk Metz. Am 3. Januar 2000 hat er eine Presseerklärung abgesegnet und die Überschrift dazu erfunden, mit der er die Wahrheit zum angeblichen Wittgenstein-Kredit verbiegt. Dreist

heißt es in dem Text: „Wittgenstein (...) hat der Partei im Februar 1998 einen Privatkredit von zwei Millionen Mark eingeräumt.“ In Wirklichkeit, wissen wir heute, hat die CDU ihren Wahlkampf aus schwarzen Kassen geführt. Dirk Metz behauptet, er habe in der Urlaubszeit nur dem stellvertretenden Landesgeschäftsführer helfen wollen. Amtshilfe aus der Staatskanzlei für dreiste Lügen.

## Die Müller-Lüge

Im Dutzend billiger gab es die Lügen beim im März 2000 gefeuerten CDU-Generalsekretär Herbert Müller. Er setzte fort, was Dirk Metz am 3. Januar 2000 begonnen hatte. Er leugnete die Wahrheit zum Wittgenstein-Kredit und zur Schwarzen Kasse. Müller hielt die Lügnerie tapfer durch. Dem WIESBADENER TAGBLATT sagte er, der Begriff Schwarzgeld – das vermutete nämlich schon damals die SPD – sei unangemessen. Der FRANKFURTER RUNDSCHAU erzählte er, es habe sich nicht um eine „schwarze Kasse“ gehandelt, das Geld habe auf einem „ordentlichen“ CDU-Konto gelegen,

auf das sein Vorgänger Seitz jederzeit Zugriff gehabt habe. Dem WIESBADENER KURIER sagte er, von „Schwarzgeld“ könne schon gar keine Rede sein. Er gehe davon aus, dass es sich um einen ordnungsgemäßen Vorgang gehandelt

habe. Am 6. Januar 2000 schrieb Müller in einer Presseerklärung wider besseres Wissen: „Von einem „schwarzen Konto“ bei der CDU könne nicht die Rede sein.“ Und: „Das Wahlkampfkonto sei ordnungsgemäß für die CDU Hessen geführt worden.“ Kritische Fragen der SPD dazu, die ja berechtigt waren, wie die Entwicklung zeigte, seien „blanke Hetze“.

**Der Ex CDU-Generalsekretär Müller reiht Lüge an Lüge.**

## Die Kanther-Lügen

Manfred Kanther ist ein ganz besonderer Ehrenmann in der CDU. Jahrelang galt er als Mann von Recht und Gesetz, einer der Ladendiebe und Schwarzfahrer mit der ganzen Härte des Gesetzes bestrafen wollte. Heute wissen wir, dass er 1983 wie ein Geldwäscher 20 Millionen Mark der CDU ins Ausland geschafft hat, um das Parteiengesetz zu umgehen. Jeder Rechenschaftsbericht, den Kanther in seiner Zeit als Landesvorsitzender unterschrieben hat, war falsch, mithin gelogen. Die Rückführung des Geldes als angebliche Vermächtnisse oder Darlehen bezeichnet Kanther verniedlichend als „Kunstgriffe“. Auch er hat bei der großen Geständnis-Pressekonferenz am 14. Januar 2000 in Hofheim noch gelogen. „Ich habe mit der Abwicklung der Dinge über Jahrzehnte nie etwas zu tun gehabt.“ Stimmt nicht. Kanther hatte jahrelang Kontovollmacht und diese auch genutzt. Und noch 1993 soll er dem Herrn der schwarzen Kassen, Horst Weyrauch, geraten haben, den „Deckel auf dem Schatz zu halten“. Um Roland Koch reinzuwaschen und sich selber vor Strafverfolgung zu schützen, sagt Kanther heute, er sei 1996 davon ausgegangen, das Schweizer Vermögen sei erschöpft. Das riecht nach fauler Ausrede – eine Lüge zum Schutze des hessischen Ministerpräsidenten.

**Jeder Rechenschaftsbericht, den Kanther in seiner Zeit als Landesvorsitzender unterschrieben hat, war falsch, mithin gelogen.**

## 3. Der Fall Reischmann

Wie unseriös in der hessischen CDU mit Geld umgegangen wurde, zeigt der Fall des ehemaligen CDU-Buchhalters Franz-Josef Reischmann.

Reischmann hat zugegeben, von dem in der Schweiz versteckten Schwarzgeld gewusst zu haben. Er habe einmal einen entsprechenden Vermerk gesehen. Mehr noch: Reischmann hat mit dem Black Cash Manager der Hessen-CDU, Joachim Lehmann, über den illegalen Schatz sogar gesprochen. Und mit dem Büro Weyrauch hat der untreue Buchhalter – dies hat der Wiesbadener Untersuchungsausschuss herausgebracht – über die illegale Einschleusung von Schwarzgeld in den Finanzkreislauf der Hessen CDU verhandelt. Dieses Wissen vom angeblich ach so geheimen Schwarzgeld war möglicherweise der Grund für eine kuriose Affäre, welche die CDU am liebsten tot geschwiegen hätte.

### **2,2 Millionen Mark unterschlagen**

1992 hat die CDU ihren langjährigen Buchhalter Franz-Josef Reischmann entlassen. Er hatte rund 2,2 Millionen Mark unterschlagen, den Löwenanteil davon bei der Partei, aber auch mehrere hunderttausend Mark bei der CDU-Landtagsfraktion. Während in jedem normalen Betrieb solch eine Unterschlagung mit einer Strafanzeige geahndet wird, ließ man hier den Beschuldigten laufen. Auf Geheiß des Landesvorsitzenden Manfred Kanther, der sonst jeden Eierdieb die volle Wucht des Strafrechts spüren lassen wollte, wurde Reischmann nur unehrenhaft entlas-

sen. Er musste ein Schuldanerkenntnis über eine Million Mark unterschreiben, also über weniger als die Hälfte der tatsächlichen Unterschlagung. Reischmanns Eigentum ging an die CDU, die damit einen Teil des Schadens ausglich. Die Anweisung Kanthers setzten der Finanzberater Weyrauch und ausgerechnet der Kochspezi Franz Josef Jung um. Nachdem dieser jahrelang als Generalsekretär der Hessen-CDU und damit Vorgesetzter Reischmanns nichts von dessen Betrügereien mitbekommen haben will, wickelte er nunmehr als Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion den Auflösungsvertrag und das Schuldanerkenntnis mit ab.

**Während in jedem normalen Betrieb solch eine Unterschlagung mit einer Strafanzeige geahndet wird, ließ man hier den Beschuldigten laufen.**

An Details konnte sich Jung vor dem Berliner Untersuchungsausschuss nicht erinnern. In der Presse brachte ihm dies die Kommentierung ein, dass er entweder ein Stümper oder ein Lügner sei. Die Akten der Staatsanwaltschaft haben Franz Josef Jung schließlich als Lügner überführt. Weyrauch hat die Schadensabwicklung Reischmann mit Franz Josef Jung beraten und ihm sogar zwei Briefe dazu geschrieben, davon einen, der offensichtlich dazu dienen sollte, die Wahrheit über den Fall Reischmann gegenüber der CDU-Fraktion und gegenüber dem Hessischen Rechnungshof geheim zu halten. Als Franz Josef Jung durch die Akten überführt wurde, riss sogar der F.D.P. der Geduldsfaden: Jung musste zurücktreten.

Der bei der CDU-Fraktion entstandene Schaden wurde auf einen Schlag über ein reguläres CDU-Konto, aber mit Schwarzgeld, ausgeglichen. Und wieder will niemand etwas mitbekommen haben.

## Keine Anzeige gegen Reischmann

Bemerkenswert ist der Umstand, dass keine Anzeige gegen Reischmann erfolgte. Da liegt der Verdacht nahe, dass der Mitwisser auszupacken drohte. Und die Angst davor war so groß, dass möglichst niemand von dem Skandal erfahren sollte. Weder der Fraktionsvorstand noch der Parteivorstand wurden nach Jungs Angaben über die Unterschlagung von 2,2 Millionen Mark informiert. Rund die Hälfte eines regulären Jahresetats der Landesgeschäftsstelle war verschwunden, aber niemand hielt es für erforderlich, die zuständigen Gremien zu informieren. Was taten eigentlich die parteiinternen Kassenprüfer? Wenn aber niemand es für nötig hielt, die Gremien zu informieren, dann gingen wohl die Beteiligten davon aus, dass sich der Verlust durch Schwarzgeld ausgleichen ließ.

**Rund die Hälfte eines Jahresetats der Landesgeschäftsstelle war verschwunden, aber niemand hielt es für erforderlich, die zuständigen Gremien zu informieren.**



## 4. Ferrero-Küsschen und andere süße Sünden

Die illegale Parteienfinanzierung der Hessen CDU ging über die Rückführung Schweizer Schwarzgeldes noch weit hinaus. Im Zuge der Aufklärung durch die Staatsanwaltschaft und den Wiesbadener Untersuchungsausschuss kam heraus, dass in der Landesgeschäftsstelle viele Hunderttausend Mark Spenden eingingen, die im Rechenschaftsbericht der Partei nicht ausgewiesen wurden. Klebriges Geld vom Schokoladen-Konzern Ferrero.

Ferrero hat der Hessen-CDU im Laufe der Jahre rund eine Million Mark zugesteckt. Im wahrsten Sinne des Wortes: Schatzmeister Prinz Wittgenstein traf sich mit dem Geschäftsführer von Ferrero, Arthur Kurre, und wie im Mafia-Film wanderten Briefumschläge mit jeweils 50.000 Mark von einer in die andere Hand. Gentleman unter sich. Das Geld wurde anschließend vom CDU-Finanzbeauftragten Joachim Lehmann in eine Bar-kasse bei der Landesgeschäftsstelle eingezahlt. Preußisch-korrekt – mit Einzahlungsbeleg und Buchführung. Nur im Rechenschaftsbericht, da tauchte das Geld nicht auf – obwohl dies das Parteiengesetz zwingend vorschreibt. Stattdessen betrieb die CDU-Landesgeschäftsstelle eine florierende Schwarze Kasse, aus der allerlei Annehmlichkeiten finanziert wurden: Personalkosten, Umbauarbeiten in der Landesgeschäftsstelle, kleine Geschenke für die Mitarbeiterinnen und

**Die „Spenden“ von Ferrero tauchten ebenfalls nicht im Rechenschaftsbericht der CDU auf.**

Mitarbeiter usw. Schon Franz Josef Reischmann hatte diese Schwarze Kasse bis 1992 geführt, und nach seinem unrühmlichen Ausscheiden darüber ein Kassenprotokoll angelegt. Seine Nachfolgerin wurde die Buchhalterin Elke W., gegen die auch ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren läuft. Ferrero hat wohl nicht nur aus Gutmütigkeit gespendet. In Neu-Isenburg wurde von der CDU-Mehrheit ein Bebauungsplan für preiswerten Wohnungsbau gekippt, nachdem Ferrero-Chef Kurrle bei Wittgenstein schriftlich dagegen interveniert hatte. Und in Stadtallendorf sparte Ferrero jahrelang erhebliche Steuern, weil die CDU-Stadtväter die Vorauszahlung zu niedrig ansetzten. Dies alles macht stutzig, weil ausgerechnet Ferrero darauf bestanden haben soll, dass die Spenden nicht im öffentlichen Rechenschaftsbericht ausgewiesen werden.

Auch in Roland Kochs Amtszeit als Landesvorsitzender flossen noch 150.000 Mark illegale Ferrero-Spenden.

## **Hessen-Metall und HDI sponsern die CDU auf Umwegen**

Auch andere Spender, die der CDU Hessen diskret etwas zustecken wollten, kamen zum Zuge. Der Bankier Paul Wieandt suchte für den Haftpflichtverband der Deutschen Industrie, HDI, eine Möglichkeit, Roland Koch persönlich finanziell zu unterstützen, ohne dass davon die Öffentlichkeit etwas erfährt. Und die CDU fand, wie immer, einen Weg: 450.000 Mark HDI-Spenden wurden von der CDU-nahen Akademie für politische Bildung kassiert. Damit finanziert die Hessen-CDU die Ausbildung ihrer Kom-

munalpolitiker. Und wieder hatte man eine Hintertür gefunden, um das Transparenzgebot des Grundgesetzes zu umgehen.

Und auch die hessischen Metall-Arbeitgeber suchten nach einem heimlichen Weg für CDU-Spenden. Über 1,7 Millionen Mark flossen in den Jahren 1993 bis 1999 ebenfalls über die Hessische Akademie für politische Bildung. Wenn der Arbeitgeberverband heute gefragt wird, wieso er Mitgliedsbeiträge für Roland Koch spendiert hat, wird er sehr einsilbig. Der Grund dafür liegt auf der Hand. Das Parteiengesetz verbietet Spenden von Berufsverbänden an Parteien. Hessen-Metall möchte keine öffentliche Debatte darüber, dass sie ein Schlupfloch gesucht und gefunden haben, um sich am Parteiengesetz vorbei zu mogeln.

**Arbeitgeberverband  
mogelt sich am Partei-  
engesetz vorbei.**

## 5. Petra Roth – mit Schwarzgeld ins Rathaus

Die Hessen CDU hat ihr Schwarzgeld nicht zufällig, sondern zielgerichtet und mit strategischer Absicht eingesetzt. Über Jahrzehnte hinweg wurde der Kampf um die politische Mehrheit in Frankfurt massiv mit Schweizer Schwarzgeld geführt. Bei jeder Kommunalwahl der vergangenen Jahre floss Geld aus dunklen Kanälen, um die wichtigste Metropole Hessens politisch zu erobern. Auch Petra Roths Oberbürgermeister-Wahlkampf 1995 wurde mit Schwarzgeld finanziert. Die Schweizer Millionen verhalfen dem politisch unbeschriebenen Blatt ins höchste Amt der Main-Metropole.

Rund 10 Millionen Mark sind im Laufe der Jahre der Frankfurter CDU zugeschustert worden. Zweimal wurde der total überschuldete Kreisverband mit Hilfe von den angeblich anonymen Vermächtnissen entschuldet. Das heißt, man hatte munter Wahlkampf geführt in der Hoffnung, dass die Kassen sich schon wieder füllen werden. Da man Vermächtnisse naturgemäß nicht einplanen kann, müssen die Frankfurter Christdemokraten schon sehr genau gewusst haben, dass ihnen Geldsegen bevorstand, der den ansonsten drohenden Konkurs abwendet.

**Eine Umfrage belegt: 75 % aller Frankfurter glauben Petra Roth nicht. (Ipos-Institut, Mannheim)**

Im Wahlkampf 1997 hat es die Frankfurter CDU ganz einfach gehabt: Viele ihrer Rechnungen liefen nicht durch die Bücher des Kreisverbandes, sondern wurden unmittelbar vom Landesverband bezahlt. Der CDU-Finanzbeauftragte Joachim Lehmann kam regelmäßig vorbei, schaute die Rechnungen durch und nahm mit, was von Horst Weyrauchs Treuhand-Anderkonten unmittelbar bezahlt werden sollte. Was angeblich niemandem auffiel, denn auch in den Rechenschaftsberichten der Hessen CDU tauchten diese Beträge niemals auf.

Petra Roth, 1995 Oberbürgermeisterkandidatin und 1997 Spitzenkandidatin auf der Kommunalwahlliste der Frankfurter CDU, will von allem nichts mitbekommen haben. Sie kommentierte das selber so: „Lieber naiv und dann ehrlich als unehrlich und routiniert.“ Das war eine Ohrfeige für Roland Koch, denn wer sonst soll mit *unehrlich* und *routiniert* gemeint gewesen sein? Aber Petra Roth steht nicht viel besser da, denn eine naive Oberbürgermeisterin, der viele Hunderttausend Mark „untergeschoben werden“, damit sie ins Rathaus einziehen kann, ist auch eine sehr fragwürdige Figur.

## 6. Von der Parteikrise zur Verfassungskrise

Die bekanntgewordene Finanzierung des CDU-Landtagswahlkampfes 1998/99 mit Geld aus schwarzen Kassen hat das Hes-

**Die Verwendung von Schwarzgeld im Wahlkampf verstößt gegen die guten Sitten.**

sische Wahlprüfungsgericht veranlasst, erneut die Gültigkeit der Landtagswahl zu prüfen. Im Wahlprüfungsgericht sitzen die beiden höchsten hessischen Richter und drei Landtagsabgeordnete. So sieht es die Hessische Verfassung seit

50 Jahren unbeanstandet vor. Das Gericht hatte sich zwei Sitzungen Zeit genommen, um über eine Wiederaufnahme der Wahlprüfung zu entscheiden und kam schließlich am 4. März 2000 zu dem Ergebnis, dass die Verwendung von Schwarzgeld im Wahlkampf gegen die guten Sitten verstößt. Deshalb sei zu prüfen, ob dieser Verstoß Auswirkungen auf das Wahlergebnis gehabt habe.

### **CDU/FDP bekämpfen Wahlprüfungsgericht**

Der drohende Machtverlust aufgrund des neuen Wahlprüfungsverfahrens ließ bei der Koalition sämtliche Anstandsgrenzen fallen. Mit immer neuen Attacken gegen das Verfassungsorgan Wahlprüfungsgericht versuchte die CDU, das Schicksal möglicher Neuwahlen abzuwenden. Dabei nahm sie in Kauf, dass sich politischer Anstand und politische Moral im freien Fall befinden und aus der Parteikrise der CDU eine Staatskrise wurde. Zunächst griff die CDU die Integrität der beiden höchsten hessischen

Richter an und warf ihnen Parteilichkeit vor. Die rechtspolitische Sprecherin der CDU, Eva Kühne-Hörmann, schreckte nicht einmal davor zurück, allen hessischen Richtern parteipolitische Motive zu unterstellen, was sie dann wenig später kleinlaut zurücknahm. Übrigens, auch ein Wahlkampfplakat von Frau Kühne-Hörmann wurde 1995 aus Schwarzgeld finanziert – das hindert die Abgeordnete nicht daran, sich zur Anklägerin über die hessischen Richter zu erheben. Um das Wahlprüfungsgericht bei seiner Arbeit zu behindern, hat die Hessische Landesregierung über Monate hinweg verhindert, dass der zuständige Berichterstatter des Gerichtes in die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsakten zum CDU-Schwarzgeld-Skandal Einblick nehmen konnte. Mit dieser Blockade-Strategie sollte versucht werden, das drohende Urteil des Wahlprüfungsgerichtes möglichst weit nach hinten zu schieben. Der Höhepunkt der Attacken gegen das Wahlprüfungsgericht: Die Landesregierung klagte vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Hessische Wahlprüfungsgericht. Welch armseliges Verfassungsverständnis steckt hinter so einem massiven Eingriffsversuch?

## **Wahlprüfungsgericht gibt Druck nach**

Schließlich hat das Wahlprüfungsgericht dem Druck der CDU nicht Stand gehalten. Obwohl das Bundesverfassungsgericht am 8. Februar entschieden hat, dass die hessische Wahlprüfung zulässig ist, hat das Wahlprüfungsgericht am 23. Februar mit vorgeschobenen formalen Gründen das Verfahren eingestellt und auf eine öffentliche mündliche Verhandlung verzichtet. Politisch entlastet der Beschluss des Wahlprüfungsgerichts Roland Koch aber

nicht. Im Gegenteil: Koch hat bestätigt bekommen, dass er nur dank illegalem Schwarzgeldeinsatz überhaupt im Amt ist.

Das hat das Wahlprüfungsgericht festgestellt:

- Roland Koch hat seinen Wahlkampf zum großen Teil aus Schwarzen Kassen bezahlt.
- Roland Koch hat seine ausländerfeindliche Wahlkampagne mit rund 250.000 Mark Schwarzgeld bezahlt.
- Nur damit hat Roland Koch die Landtagswahl gewinnen können, denn erst die Schwarzgeld-finanzierte Kampagne hat ihm die notwendigen Mandate verschafft.

Damit hat Roland Koch seine politische Legitimation verloren!



# 7. Roland Kochs Sündenregister

Die Glaubwürdigkeit des Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch ist unwiderbringlich verloren. Zwei Drittel aller Wählerinnen und Wähler in Hessen misstrauen dem Regierungschef und sogar die Hälfte der CDU-Anhängerschaft. Das ist ein Desaster für einen amtierenden Ministerpräsidenten und erklärt, warum er zu feige ist, Neuwahlen herbeizuführen. Roland Koch ist tief gesunken. Sein Sündenregister im Schwarzgeld-Skandal der Hessen-CDU wird immer länger.

**Zwei Drittel aller  
Hessen misstrauen  
Roland Koch.**

## Schwarzgeldfinanzierte Image-Kampagne

Als Roland Koch die Spitzenkandidatur bei der CDU anstrebte, war er ein politischer Nobody. Deswegen erkannten die Parteistrategen: Er muss bekannt gemacht werden. Roland Koch wusste, dass für eine Image-Kampagne eigentlich kein Geld da ist, so ließ er dafür sammeln. Dass das gesammelte Geld nicht ausreichte und für eine großangelegte Image-Kampagne 158.000 Mark Schweizer Schwarzgeld ausgegeben wurden, will Roland Koch wieder einmal nicht mitbekommen haben.

## Wahlkampf-Finanzierung 1999

1,4 Millionen Mark Schwarzgeld wurden in den Landtags-Wahlkampf 1998/99 gesteckt. Geflossen also in der Zeit, als Roland Koch als Landesvorsitzender die Verantwortung für die Hessen

CDU trug. Mehr als ein Drittel des offiziellen Wahlkampf-Etats wurde illegal finanziert – und Roland Koch, der über die Spenden-Situation der CDU genau Bescheid wusste, will davon erneut nichts mitbekommen haben. Und die politische Verantwortung dafür? Übernimmt er nicht.

## **Initiative Roland Koch**

Mit Schweizer Schwarzgeld allein war der Wahlkampf nicht zu finanzieren, es mussten weitere Spenden akquiriert werden, die offensichtlich nicht in der Buchführung der CDU auftauchen sollten. Deshalb wurde eine „Initiative Roland Koch“ gegründet, die mitten im Wahlkampf zahlreiche Anzeigen für Roland Koch in hessischen Tageszeitungen geschaltet hat. Diese Spendengelder wurden jedoch, zumindest teilweise, in der Landesgeschäftsstelle der CDU abgewickelt, waren also in Wirklichkeit verdeckte Parteispenden. Roland Koch hat dann im Untersuchungsausschuss eine falsche Aussage gemacht.

**Die wahlentscheidende Doppel-Pass-Kampagne wurde aus Schwarzgeld finanziert.**

## **Hunzinger hat die Spendierhosen an**

Die Spendierhosen für Roland Koch hatte auch der PR-Berater Moritz Hunzinger an. Er verlegte ein Büchlein von Roland Koch mit dem Titel „Vision 21“. Dafür wollte er im großen Umfang Hörfunkspots schalten, die sicherlich Kosten von mehreren hunderttausend Mark verursacht hätten. Ein Vielfaches von dem, was Hunzinger jemals mit dem Buch hätte verdienen können. Die Werbespots wurden vom Hessischen Rundfunk und von der Lan-

desanstalt für den privaten Rundfunk zurückgewiesen, weil sie reine Parteiwerbung waren. Auch hier hat Roland Koch wieder einmal einen Weg gefunden, Parteiwerbung zu machen, die nicht im Rechenschaftsbericht der CDU auftauchen sollte.

## **Ferrero-Spenden**

Auch in Roland Kochs Amtszeit als Landesvorsitzender floss munter weiter Geld von Ferrero an die CDU-Landesgeschäftsstelle und wurde dort in einer Schwarzen Kasse verwaltet. Unter den Augen des Landesvorsitzenden Koch wurden 150.000 Mark in die Parteiarbeit der CDU investiert. Auch hier steht die Frage nach der politischen Verantwortung des Landesvorsitzenden im Raum.

## **Sonderkassenbuch wird vernichtet**

Damit die schwarze Ferrero-Kasse nicht auffliegt, wurde kurz vor der staatsanwaltschaftlichen Durchsuchung der CDU-Landesgeschäftsstelle das Sonderkassenbuch, das alle Einnahmen und Ausgaben aus der Schwarzen Kasse aufgelistet hat, vernichtet. Angeblich habe dies seine Buchhalterin auf eigene Verantwortung und aus eigenem Antrieb getan. Roland Koch hat aber diese Mitarbeiterin nie zur Verantwortung gezogen, genau so wenig, wie alle anderen Mittäterinnen und Mittäter im CDU-Schwarzgeld-Skandal, außer Generalsekretär Herbert Müller. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der CDU-Landesgeschäftsstelle genießen offensichtlich immer noch das volle Vertrauen ihre Landesvorsitzenden, obwohl sie jahrelang illegale Finanzpraktiken geduldet oder sogar daran mitgearbeitet haben.

## Wochenlange Lügen

Die wochenlangen Lügen von Roland Koch sind bereits in Kapitel 2 dieser Broschüre ausführlich dargelegt. Roland Koch hat einmal gesagt, wenn er nicht mehr als ehrlicher Mann gelte, wolle er nichts mehr mit Politik zu tun haben. Auch dies war offensichtlich eine Lüge, denn als ehrlicher Mann gilt der Hessische Ministerpräsident schon lange nicht mehr.

## Staatsanwälte hereingelegt

Um seine Verstrickung im CDU-Schwarzgeld-Skandal zu vertuschen, hat Roland Koch nicht einmal davor zurückgeschreckt, die Staatsanwaltschaft herein zu legen. Am 20. Januar 2000 ließ er die im Schwarzgeld-Skandal ermittelnden Staatsanwälte in die

Staatskanzlei kommen, um mit ihnen allerlei Unverbindliches über mögliche Presseerklärungen zu erörtern. Dann ließ Koch den Ermittlern fünf Vermerke übergeben, die sie wohl in ihre Ermittlungen einbeziehen sollten. Einer davon

war komplett falsch: Er stützte die Legende vom Wittgenstein-Darlehen und untermauerte damit, dass Roland Koch von alledem nichts gewusst hat. Zur Erinnerung: Roland Koch hat das Darlehen selbst miterfunden. Und dies anschließend vor den Staatsanwälten geheim halten wollen.

**Im Untersuchungsausschuss die Wahrheit verschwiegen.**

## 8. Chronik des CDU-Skandals

Roland Koch hat sich selbst das Etikett aufgeklebt, der „brutalstmögliche Aufklärer“ zu sein. Eine große Täuschung. Die Opposition und die Presse haben ihn mit kritischen Fragen in die Enge getrieben. Die Staatsanwaltschaften die Märchen der CDU entlarvt. Koch war immer nur ein Getriebener, was diese Chronologie der Aufklärung beweist.

**29.11.1999:** Seit Wochen berichtet die Presse über Unregelmäßigkeiten bei den CDU-Finzen. Auslöser sind Spenden des Waffenhändlers Schreiber an Walther Leisler Kiep. Der SPIEGEL berichtet über Millionenbeträge, die 1989 und 1991 als „sonstige Einnahmen“ der Hessen-CDU verbucht wurden. Die Union erklärt dies mit Vermächtnissen. Die SPD fasst umgehend mit einem umfangreichen Fragenkatalog nach und bringt die CDU ins Schwitzen. Generalsekretär Herbert Müller bestreitet entschieden, dass es finanzielle Transaktionen außerhalb der offiziellen Buchführung gäbe. Über alle Zahlungsvorgänge sei ordnungsgemäß Rechenschaft abgelegt worden.

**1.12.1999:** Die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG berichtet über mehrfache Reisen des Frankfurter CDU-Steuerberaters Horst Weyrauch für die Hessen-CDU nach Zürich. Die SPD fragt nach, und der CDU-Generalsekretär bestreitet dies, korrigiert sich aber am 8. Dezember. Er erklärt, die hessische CDU habe 1989 und 1991 „Vermächtnisse“ aus dem Ausland über zusammen sechs Millionen Mark erhalten. Der ehemalige Schatz-

meister Casimir Prinz Wittgenstein vermute die Erblasser „in Kreisen deutschstämmiger jüdischer Emigranten“. Zahlungen außerhalb der Buchführung habe es aber nie gegeben.

**10.12.1999:** Es fliegt auf, dass auch die Frankfurter CDU anonyme „Millionen-Erbschaften“ über Liechtenstein erhielt. 1991 und 1996 flossen jeweils 3,5 Millionen Mark. Der CDU-Kreisvorsitzende Udo Corts nennt am 12.12. in SPD-Reihen geäußerte Zweifel an den überseeischen Nachlässen „haltlose Polemik“.

**16.12.1999:** Vor dem Hessischen Landtag unterstreicht der CDU-Landesvorsitzende und Ministerpräsident Koch, alle Finanzfragen seien ordnungsgemäß und einwandfrei geführt worden. Zumindest Mitarbeiter von ihm wissen längst, dass das nicht stimmt.

**21.12.1999:** Nach späteren Aussagen will Koch an diesem Tag vom ehemaligen Landesgeschäftsführer Siegbert Seitz darüber informiert worden sein, dass 1,4 Millionen Mark seines Wahlkampfetats aus schwarzen Kassen stammten. Der Schatzmeister habe die anonymen Geldgeber nicht nennen wollen. Deshalb sei man auf die Idee gekommen, ein Darlehen zu erfinden und die 1998 verausgabten 796.000 Mark als solches im Rechenschaftsbericht zu verbuchen.

Zur gleichen Zeit müssen Generalsekretär Müller und zwei weitere Mitarbeiter einen zusätzlichen Fälschungsversuch des Rechenschaftsberichtes vorgenommen haben: 50.000 Mark Bar-

vermögen aus schwarzen Kassen wurden von Kochs selbst ernannten „Sonderermittler“ Müller – als eigene und anonyme Klein-Spenden getarnt – der Parteikasse zugeführt, wie die Beteiligten später zugegeben haben, nachdem ihnen die Staatsanwaltschaft auf die Schliche gekommen war.

**3.1.2000:** Das angebliche zinslose Darlehen des Prinzen Wittgenstein an seine Partei wird durch den nachgebesserten Rechenschaftsbericht 1998 der Bundes-CDU bekannt. Generalsekretär Müller behauptet, dass es sich um einen Kredit aus dem Jahr 1998 für den Landtagswahlkampf handeln soll.

**13.01.2000:** Nach einem Bericht der FRANKFURTER RUND-SCHAU verlangt die Bundestagsverwaltung Nachweise über die Echtheit der „Vermächtnisse“. Die SPD im Bundestag beantragt, Ministerpräsident Koch, Ex-Schatzmeister Wittgenstein und andere CDU-Politiker vor den Berliner Untersuchungsausschuss zu laden. Gleichzeitig wird auf einem Veranstaltungstermin CDU-Staatsminister Franz Josef Jung von einem SPIEGEL-Reporter auf die geplante Veröffentlichung unbequemer Fakten zu den CDU-Vermächtnissen angesprochen. Die CDU-Führung wusste so, dass ihr Schwarzkontensystem nun auffliegen würde.

**14.01.2000:** Früher als von Koch angekündigt, erklärt sich die hessische Union deshalb öffentlich. Ex-Landeschef Manfred Kanther gibt zu, die hessische CDU habe vor Inkrafttreten des Parteiengesetzes von 1984 mit seinem Wissen

eine „Wahlkampf-Rücklage“ in Höhe von schätzungsweise sechs bis acht Millionen Mark ins Ausland geschafft. Um an Teile des deponierten Geldes zu gelangen, seien die Vermächtnisse erfunden worden. Nach den Transfers von rund 13 Millionen Mark beläuft sich das verschleierte Auslandsvermögen Kanther zufolge auf noch immer 17 Millionen Mark.

**17.01.2000:** Justizminister Christean Wagner (CDU) erklärt in einem Interview des HESSISCHEN RUND-FUNKS, Kanther habe zwar gegen das Parteiengesetz verstoßen, aber sich keiner strafrechtlich relevanter Vergehen schuldig gemacht. Am gleichen Tag gibt die Staatsanwaltschaft Wiesbaden bekannt, Ermittlungen in der Sache gegen Wittgenstein und Weyrauch zu eröffnen. Auch gegen Kanther wird später ermittelt. SPD-Landesvorstand und -Landtagsfraktion kommen zu einer Sondersitzung in Wiesbaden zusammen und fordern nach eingehender Beratung der Situation, mit einem Antrag auf Auflösung des Landtags Neuwahlen zu erzwingen. CDU und FDP lehnen den Antrag ab.

**01.02.2000:** SPD und Grüne beschließen, einen Antrag auf Einsetzung eines eigenen parlamentarischen Untersuchungsausschuss im Hessischen Landtag zur Aufklärung des Schwarzgeldskandals der hessischen CDU.

**07.02.2000:** Das Wahlprüfungsgericht kommt auf Einladung des Vorsitzenden Bernhard Heitsch, eigentlich Vorsitzender des Kasseler Verwaltungsgerichtshofs, zusammen. Aufgrund des Präzedenzcharakters und der ausgesprochen



schwierigen Rechts- und Faktenlage vertagt das Gericht seine Entscheidung über die Aufnahme eines offiziellen Prüfungsverfahrens auf den 3. März 2000.

**08.02.2000:** Koch bekennt auf einer Pressekonferenz, dass die hessische CDU mit seiner Kenntnis Zahlungen aus dem „Weyrauchschen Kontensystem“ im Rechenschaftsbericht 1998 nachträglich in ein Darlehen des Schatzmeisters Prinz Wittgenstein umgewandelt habe, um Rückforderungen nach dem Parteiengesetz zu vermeiden. Er gibt zudem zu, bei der Aufklärung der CDU-Finanzaffäre gelogen zu haben.

**09.02.2000:** Während die Bundes-FDP Kochs Rücktritt fordert, steht die FDP-Landesvorsitzende zu Roland Koch. Der FDP-Fraktionsvorsitzende Jörg-Uwe Hahn lobt die Aufklärungsarbeit Kochs und spricht bezogen auf seine Lüge von einem „handwerklichen Fehler“.

**11.02.2000:** Der CDU-Landesvorstand spricht nach einer Sitzung in Niedernhausen bei Wiesbaden Roland Koch trotz dessen Lügen das volle Vertrauen aus.

**12.02.2000:** Die hessische FDP tagt mit ihrem Landesvorstand und Präsidium in Lich und stützt gegen den dringlichen Appell Wolfgang Gerhardts weiterhin Roland Koch.

**14.02.2000:** Nach dem wachsenden und unüberhörbaren Unmut an der Basis beschließt die FDP-Landtagsfraktion die Einberufung eines Landesparteitags zur Koalitionsfrage.

**17.02.2000:** Die Debatte zum Oppositionsantrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Hessischen Landtag wird scharf geführt. Die Zustimmung von CDU und FDP zum Untersuchungsausschuss erfolgt erst nach erfolglosen juristischen Winkelzügen der Koalition.

**19.02.2000:** Auf dem CDU-Landesparteitag feiert sich Koch selbst als „Chef-Aufklärer“, der nur eine „kleine Dummheit“ zu verantworten habe, und fordert das Vertrauen der Delegierten ein. Diese wählen ihn – ohne kritische Nachfragen zur Finanzaffäre und seiner Rolle – mit 97,6 Prozent wieder.

**22.02.2000:** Die Staatsanwaltschaft gibt bekannt, dass nun auch gegen den früheren CDU-Landesgeschäftsführer Siegbert Seitz ermittelt werde.

**03.03.2000:** Nach eingehender Beratung beschließt das Wahlprüfungsgericht eine erneute Überprüfung der Hessenwahl 1999. Die Verwendung schwarzer Gelder für den CDU-Wahlkampf wertet das Gremium als sittenwidrig. Geprüft werden müsse allerdings noch eingehend, ob dieses sittenwidrige Verhalten der CDU den Wahlausgang beeinflusst habe.

**04.03.2000:** Die hessische FDP kommt zu einem Sonderparteitag in Rotenburg zusammen und diskutiert die Fortsetzung der Koalition mit Roland Koch. Liberale Prominenz wie Wolfgang Gerhardt und Ekkehard Gries mahnen zur Abkehr von Koch, der aufgrund seiner Verstrickung in die Finanzaffäre keine glaubwürdige Politik mehr vertreten könne. Selbst die stellvertretende Ministerpräsidentin Ruth Wagner bescheinigt ihrem Koalitionspartner Koch, dass dieser gelogen habe. Trotzdem halten die Liberalen an der Macht fest und votieren mit 166 zu 132 Stimmen für die Fortsetzung der Koalition mit Roland Koch.

**10.03.2000:** Der hessische CDU-Generalsekretär Herbert Müller und ein weiterer Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle werden von ihren Funktionen entbunden, weil sie 50.000 Mark Schwarzgeld noch im Dezember 1999 weiß „gewaschen“ haben.

**14.03.2000:** In der Sitzung des Hessischen Landtags thematisiert die SPD die Entlassung Müllers und stellt kritische Nachfragen. Der selbsternannte „Chef-Aufklärer“ Roland Koch mutiert zum „Chef-Schweiger“ und nimmt keine Stellung.

**23.03.2000:** Die Staatsanwaltschaft Wiesbaden dehnt ihre Ermittlungen auf zwei weitere Mitarbeiter der hessischen Union aus. Namen werden nicht genannt.

**29.03.2000:** Der Streit um das hessische Wahlprüfungsgericht verschärft sich: Die CDU stellt einen Befangenheitsantrag gegen die beiden Berufsrichter.

**06.04.2000:** Im Untersuchungsausschuss des hessischen Landtages verweigert die CDU/FDP-Mehrheit die Herausgabe von Unterlagen zu den Rechenschaftsberichten der Hessen-CDU.

**30.04.2000:** Um einer möglichen Auflösung des hessischen Landtags durch das Wahlprüfungsgericht zuvorzukommen, hat die Landesregierung Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht erhoben.

**29.06.2000:** Das Wahlprüfungsgericht des Landes beschließt, die wegen des CDU-Finanzskandals eingeleitete Überprüfung der Wahl trotz einer Verfassungsklage der Landesregierung fortzusetzen.

**14.06.2000:** Die Hessen-CDU räumt ein, seit Anfang der 80er Jahre vom Süßwarenkonzern Ferrero regelmäßig Barspenden im Gesamtwert von knapp einer Million Mark bekommen und nicht im Rechenschaftsbericht angegeben zu haben.

**03.08.2000:** In der hessischen CDU-Finanzaffäre will die Opposition von der CDU/FDP-Regierung die Herausgabe sämtlicher beschlagnahmter Akten an den Untersuchungsausschuss erzwingen.

**09.08.2000:** Ein interner Bericht des Ex-CDU-Wirtschaftsprüfers Horst Weyrauch wird bekannt. Danach hat der frühere CDU-Buchhalter Franz-Josef Reischmann, der von 1988 bis 1992 rund 2,2 Millionen Mark unterschlagen hatte, auch in der Amtszeit von Koch als Fraktionsvorsitzender 1990/91 Geld veruntreut.

**11.08.2000:** Die CDU hat im Streit mit dem Wahlprüfungsgericht eine Niederlage hinnehmen müssen. Der Wiesbadener Staatsgerichtshof, das höchste Gericht Hessens, wies Grundrechtsklagen von fünf CDU-Abgeordneten gegen das Gericht zurück.

**24.08.2000:** Aus einem im Untersuchungsausschuss des hessischen Landtags aufgetauchten Vermerk geht hervor, dass die Landespartei 1998 weitere 190.000 Mark Bargeld eingenommen hat, die nach außen als „sonstige Einnahmen“ deklariert wurden. Dies war ein „Einfallstor für Schwarzspenden“.

**28.08.2000:** Die Ermittlungen der Wiesbadener Staatsanwaltschaft wegen der schwarzen Kassen der hessischen CDU erstrecken sich jetzt auch auf den Verdacht der Steuerhinterziehung. Da bei der CDU eine getarnte Barkasse existierte, besteht der Verdacht, dass mit den Mitteln aus der Kasse Personal schwarz bezahlt wurde.

**02.09.2000:** Medienberichten zufolge sollen Spenden von mehreren hunderttausend Mark auf verdecktem Weg an die CDU geflossen sein. Der Haftpflichtverband der Deutschen Industrie (HDI) bestätigt 1998 und 1999 insgesamt 450.000 Mark an die CDU-nahe Hessische Akademie für politische Bildung gezahlt zu haben, um Koch zu unterstützen.

**07.09.2000:** Der Chef der hessischen Staatskanzlei, Franz Josef Jung (CDU), tritt nach dem Bekanntwerden für ihn belastender Briefe der Weyrauch und Kapp GmbH im Zusammenhang mit der Finanzaffäre seiner Landespartei zurück. Als Grund nennt er mangelnde Unterstützung der hessischen FDP, die zusammen mit der CDU die Landesregierung bildet. Zugleich weist er alle Vorwürfe über persönliches Fehlverhalten in der Finanzaffäre zurück.

**12.11.2000:** Es wird bekannt, dass in die CDU-Unterschriftenkampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft in Hessen Gelder aus schwarzen Kassen geflossen sind. Sechstellige Beiträge für großformatige Plakate sollen daraus bezahlt worden sein.

**29.11.2000:** Der frühere hessische CDU-Schatzmeister Walther Leisler Kiep schließt nicht aus, dass das Geld auf den Auslandskonten des Landesverbandes aus dem Restvermögen der Spendenwaschanlage Staatsbürgerliche Vereinigung (SV) kam. Es falle schwer zu glauben, dass das Auslandsvermögen aus normalen Einnahmen stamme, sagte Kiep vor dem Wiesbadener Schwarzgeld-Untersuchungsausschuss. Über die SV

konnten Unternehmen anonym und ohne Versteuerung der Gelder an die Parteien spenden.

**23.02.2001:** Das Wahlprüfungsgericht stellt das Verfahren aus formellen Gründen ein. Es bestätigt, dass Robert Koch sein Amt dem illegalen Einsatz von Schwarzgeld verdankt.

**12.03.2001:** Die SPD findet heraus, dass Roland Koch von der illegalen Umwegfinanzierung der CDU über die Akademie für politische Bildung gewusst haben muss. Der Schwarzgeldskandal holt den Ministerpräsidenten wieder ein.

## 9. Zwei Jahre Skandal-Regierung Koch

Roland Koch hat Hessen mit seinem Kabinett zum Land der Affären gemacht. Hessen hat die größte Skandaldichte in Deutschland. Selbst die Bayerischen CSU-Amigos blicken staunend nach Hessen. Die Regierung von Roland Koch ist eigentlich ein ständig tagender Krisenstab. Hier eine kurze Bilanz aus zwei Skandal-Jahren:

- Kurz nach der Ernennung von Volker Bouffier zum hessischen Innenminister tauchen Vorwürfe auf, er habe Parteiverrat begangen, weil er in einem Scheidungsfall beide Ehepartner anwaltlich beraten hat. Auf Parteiverrat stehen drei bis fünf Jahre Haft. Darüber hinaus habe er für seine Mandantin – eine Freundin der Familie – Prozesskostenhilfe beantragt, wohlwissend, dass die Einkommensverhältnisse dies nicht rechtfertigen. Bouffier wird Innenminister, obwohl Koch weiß, dass ein Ermittlungsverfahren gegen ihn läuft.
- Im Fall Bouffier versucht das Justizministerium Einfluss auf das Ermittlungsverfahren der Gießener Staatsanwaltschaft zu nehmen. Der Leiter der Staatsanwaltschaft und sein Pressesprecher werden ins Justizministerium zitiert.

**Immer wieder versucht die Koch-Regierung die Justiz zu behindern und zu beeinflussen.**



- Sozialministerin Marlies Mosik-Urbahn kürzt bei Vereinen, Verbänden, Arbeitslosen und Asylbewerbern Gelder und Zuschüsse, leistet sich aber einen Mercedes-Benz der S-Klasse als Dienstwagen. Die Leasingraten für dieses Luxusgefährt sind erheblich höher als die des Vorgängermodells.
- Die Mitglieder der Landesregierung missbrauchen zum Schuljahresanfang die Schulen zu parteipolitischen Zwecken. Sie lassen sich dort für ihre angeblichen Wohltaten feiern.
- Neues im Fall Bouffier. Die Staatsanwaltschaft Gießen sieht den Tatbestand des Parteiverrats bestätigt. Das Verfahren wird gegen eine Geldbuße in Höhe von 8.000 Mark eingestellt. Bouffier zahlt, bleibt aber Innenminister.
- Keine zwei Wochen später erhält der CDU Landtagsabgeordnete Karl-Wilhelm Michel wegen Steuerhinterziehung einen Strafbefehl in Höhe von 20.000 Mark. Zunächst weigert er sich sein Mandat niederzulegen. Erst nach erheblichem öffentlichen Druck zieht Michel die geforderten Konsequenzen.
- Fahndungspanne nach einer Häftlingsflucht. Erst fünf Tage nach der Flucht mehrerer Verbrecher beginnt die Öffentlichkeitsfahndung. Justizminister Christean Wagner, der zu Oppositionszeiten bei einem Häftlingsausbruch immer gleich den Rücktritt des Grünen Justizministers gefordert hatte, ist nun weniger konsequent. Das Bauernopfer ist der Leiter der Justizvollzugsanstalt. Er wird versetzt.

- Innenminister Bouffiers Ammenmärchen von einer toten Katze, die in Mafia-Manier mit roter Schleife verziert sozusagen als Warnung vor seiner Tür gelegen haben soll, entpuppt sich im Untersuchungsausschuß als Unwahrheit. Bouffier hat sich damit wichtig getan und Öffentlichkeit sowie Polizei falsch informiert.
- Führende CDU-Politiker haben Geschäfte mit Scientologen gemacht, die jetzt aufliegen. Mit dabei der CDU-Fraktionsvorsitzende Norbert Kartmann, Innenminister Volker Bouffier und Justizminister Christean Wagner. Innenminister Volker Bouffier erklärt, er handele nur als Privatmann. Aber er hat in dieser angeblichen Privatangelegenheit Briefe auf dem amtlichen Briefpapier des Innenministers geschrieben.
- Justizminister Christean Wagner hat in seiner Abgeordnetenzeit als Vice-President einer Bad Homburger Beraterfirma fungiert und damit gegen den Verhaltenskodex des Landtags verstoßen. Tätigkeiten als Lobbyist sind offen zu legen. Sie müssen im Landtagshandbuch veröffentlicht werden.
- Der Studienfreund von Christean Wagner, Eisenberg, wird zum Präsidenten des Landgerichts Kassel befördert, trotz Zweifeln an seiner Person. Kaum im Amt, baut Eisenberg unter Alkoholeinfluß auf der Heimfahrt nach Marburg einen Unfall. Weil er versucht haben soll, einen Polizeibeamten zu bestechen, ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen ihn.

- Gnadenlos strukturieren CDU und FDP den Rundfunkrat des HR so um, dass Organisationen und Verbände die Mehrheit erhalten, die dem Regierungslager nahe stehen.
- Im bekannt populistischen Stil will Innenminister Volker Bouffier nach den vermehrten Bissattacken von Kampfhunden schnell Fakten schaffen und schustert in Windeseile eine Kampfhundeverordnung zusammen, welche die Zucht und Haltung von zehn Rassen verbietet. Dem wichtigen Anliegen, die Kampfhundproblematik in den Griff zu bekommen, schadet Bouffier. Erwartungsgemäß wird seine Verordnung ruck zuck vom Verwaltungsgerichtshof kassiert.
- Dass es der hessische Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzende mit der Wahrheit nicht ganz so genau nimmt, ist spätestens seit der CDU-Spendenaffäre bekannt. Doch auch in Fragen des Ausbaus des Frankfurter Flughafens sagte Koch nicht immer die Wahrheit. So verschweigt er lange Zeit den zusätzlichen Flächenbedarf der FAG.
- Eine undichte Stelle in der Landesregierung machte es möglich, dass ein geheimer Verfassungsschutzvermerk zum geplanten NPD-Verbot an die Öffentlichkeit kommt. Die Staatsanwaltschaft schaltet das Bundeskriminalamt ein, das gegen sämtliche Kabinettsmitglieder ermitteln muss. Roland Koch hat veranlasst, dass so vielen Menschen der Bericht bekannt wurde, dass der Täter schließlich nicht zu ermitteln ist.

**Koch hat nicht nur beim Schwarzgeld gelogen, sondern auch in Sachen Flughafen-ausbau.**